

Kreisarchiv Calw

Recht durch den Amtsrichter als Einzelrichter. Der Hauptteil der erstinstanzlichen Zuständigkeit der Strafkammer ist auf das mit einem Richter und zwei Schöffen besetzte kleine Schöffengericht übergegangen. In Fällen von größerer Umfang und größerer Bedeutung ist das Schöffengericht mit zwei Richtern und zwei Schöffen besetzt (großes Schöffengericht).

Neben den Amtsrichtern sind als Gerichte erster Instanz die Schwurgerichte erhalten geblieben. Allein ihre Zuständigkeit beschränkt sich auf die schwersten Verbrechen und Richteramt und Geschworenengericht sind nicht mehr getrennt, sondern zu einer Richterkammer vereinigt, die wie beim Schöffengericht über Schuld- und Strafrage gemeinsam entscheidet.

Auch die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichsgerichts für hoch- und Landesverratsachen ist bestehen geblieben. Doch besteht die Möglichkeit der Überweisung weniger wichtiger Landesverratsachen an die Oberlandesgerichte, um so das Reichsgericht zu entlasten.

Gegen die Urteile des Amtsrichters, sowie des kleinen wie des großen Schöffengerichts, ist Berufung an die Strafkammer des Landgerichts möglich. Diese entscheidet als kleine Strafkammer mit einem Richter und zwei Schöffen über die Berufung gegen die Urteile des Amtsrichters und als große Strafkammer mit drei Richtern und zwei Schöffen über die Berufung gegen die Urteile des kleinen und großen Schöffengerichts.

Gegen die Berufungsurteile der Strafkammer findet die Revision statt. Für diese ist, wenn es sich um Urteile der kleinen Strafkammer oder um Urteile der großen Strafkammer über Berufungen gegen Urteile des kleinen Schöffengerichts oder um Verurteilungen landesgerichtlicher Vorverfahren, des Oberlandesgerichts, sonst das Reichsgericht zuständig. Dadurch wird das Reichsgericht wesentlich entlastet. Die Urteile der Schwurgerichte sind nicht mit Berufung, sondern mit der Revision anfechtbar. Diese geht, soweit es sich nicht um Verurteilung einer landesgerichtlichen Vorverfahren, an das Reichsgericht.

Die Revision bringt jedoch neben der Einführung der Berufung die Beteiligung der Parteien in allen Instanzeninstanzen mit Ausnahme der reichsgerichtlichen und der vor den Amtsrichtern gehörigen Sachen. Die Einführung der Revision war in der heutigen Zeit schwerer Finanznot ein sehr gewagter Schritt. Er mußte daher mit einer Reihe von Sparmaßnahmen erkauft werden. Als solche nennen wir kurz: Die Befreiung der Oberlandesgerichte mit drei statt fünf und des Reichsgerichts mit fünf statt sieben Richtern, die Möglichkeit der Ernennung von Amtsrichtern zu Mitgliedern der Landgerichte und das Fehlen des Bundesgerichtspräsidenten bei kleinen Landgerichten, die Vereinfachung der öffentlichen Zustellung, die Abschaffung des Verfolgungsorgans bei weniger wichtigen Strafsachen und die Beschränkung der Rechtsmittel in weniger wichtigen Fällen. Schließlich sind noch als Sparmaßnahmen, um dem drohenden Stillstand der Rechtspflege vorzubeugen, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1924 angeordnet der Verzicht auf Schöffen und Geschworene, das Ausbleiben der Berufungen und die Befreiung der Revision bei Verurteilungen und Verurteilungen. Am 1. April 1924 tritt die Veränderung in Kraft und mit diesem Zeitpunkt sollen die ersparten Kostenmaßnahmen fort.

Die milit. Regierung hat an der Reorganisation des Strafrechtswesens durch entsprechende Vorschriften wesentliche beigetragen.

Zum 11. Januar

Rundgebung des Reichstages

Der Reichstagspräsident erläßt zur Wiederkehr des Jahrestages des Rheinvertrags folgende Rundgebung:

Am 11. Januar führt sich der Tag, an dem französische und belgische Truppen unter Verletzung des Versailleser Friedensvertrags deutsches Land an der Ruhr mit Waffengewalt besetzten. Eine Reihe schwerer Kämpfe und Plünderungen wurde der Bevölkerung des alt- und des neuvergebenen Gebiets zu jenem schwarzen Tag auferlegt. Tausende von Deutschen wurden mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben, über 2000 Gefangene harrten noch in den Gefängnissen der fremden Besatzungsmächte ihrer Verurteilung, Morde, Tötungen, Raub und Verwundungen, begangen von farbigen und weißen Truppen, lösten in der wehrlosen Bevölkerung das Gefühl aus, daß sie rechtlos fremder Bergewalt preisgegeben sei. Dieses Martyrium wurde noch ins Unentsetzliche gesteigert durch die schamlosen Übergriffe des landfremden und künftigen Separatistengehens, dessen Treiben ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet.

Alle diejenigen in der Welt, die sich noch menschlichen Empfinden und völkerrätlichen Denken bewahren, rufe ich an, mit uns dahin zu wirken, daß der Rechtszustand im besetzten Gebiet wiederhergestellt wird und daß vor allem die unschuldig in Gefangenschaft gehaltenen Deutschen ihren Familien endlich zurückgegeben werden und die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren können.

Alle Leiden und Bedrückungen konnte die Bevölkerung des besetzten Gebiets nicht monden machen in der Treue zum deutschen Vaterland. In allen Deutschen wurde die Überzeugung vertieft, daß das besetzte und das unbefetzte Gebiet zu ewig zusammengehören. Auch das unbefetzte Deutschland hat unter den Auswirkungen des an Rhein und Ruhr geführten Kampfes schwer gelitten. Aber freudig wird jeder Deutsche auch zukünftig das Segne mit den Brüdern im besetzten Gebiet teilen. Rhein und Ruhr sind deutsch und müssen deutsch bleiben.

Kaisersprache des Reichsministers Höffe

Der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Höffe hat gestern abend auf dringlichem Weg folgende Kaisersprache gehalten:

Der 10. Januar ist ein schwarzer Tag in der Geschichte des deutschen Volks, insbesondere für das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet. Wenn auch mit diesem Tag durch das Inkrafttreten des Versailleser Vertrags die kaiserliche Klostertroppe des Weltkriegs als beendet galt, so kennt das deutsche Volkstum diesen Tag nicht als erlösenden, befreienden Friedensbringer, weil unter den erdrückenden Lasten und erzwungenen Fesseln des Versailleser Diktats wirklicher wahrer

Frieden in Deutschland, ja in Europa nicht eintreten konnte. Als Reichsminister der besetzten Gebiete, wie als Sohn meines so schwer heimgegangenen Vaters Lande spreche ich allen lieben deutschen Schwestern und Brüdern im besetzten Gebiet meinen aus tiefstem Mitleiden und innigster Herzlichkeit entquellenden Dank aus. Wie dürfen unsere Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr den Eindruck haben, daß sie von der Reichsregierung verlassen und einem ungewissen Schicksal überlassen werden. Die Reichsregierung strebt nach dauerhaften und tragbaren Rechtsverhältnissen und sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, die Leiden der Bevölkerung im besetzten Gebiet zu mildern. Sie ist aber auch ernsthaft bemüht, die Entschädigungspolitik auf einen brauchbaren Weg zu bringen. An alle Deutschen des unbefetzten Gebiets richte ich die Bitte und die Mahnung, ihrerseits nicht zu erlahmen in Arbeit und Opfern für die Freiheit und Erlösung des deutschen Volks, um dadurch würdig zu sein in deutscher Treue und opferbereitem Gemeinschaftsgeist der Nachwelt als Vorbild zu dienen.

Neue Nachrichten

Der Beamtenabbau

Berlin, 11. Jan. Laut V. Volkow, wurden bisher rund 54 000 Beamte auf Wartegeld gesetzt. Die Ersparnis beträgt schätzungsweise 83 Millionen Goldmark.

Gastung für Streikschäden

Berlin, 11. Jan. Das Landgericht I in Berlin hat die Streikleitung der Reichsgesellschaft deutscher Eisenbahner zum Schadenersatz an einen Kaufmann verurteilt, der infolge eines Eisenbahnstreiks im vorigen Jahr die Rückreise in seine Heimat nicht antreten konnte. Damit ist also festgestellt, daß die Streikführung für alle durch einen Streik entstehenden wirtschaftlichen Schäden haftbar gemacht werden können. Wie berichtet, schwanden zurzeit noch zwölf weitere Prozesse gegen die Streikleitung, in denen Schadenersatz gefordert wird. So liegt u. a. die Oberstelektische Kotschulte, Jodje Margarete, die Auto-Industrie, eine Konfektionsfabrik, der einige hundert Schwestern verendet sind und andere Firmen. Die Schadenersatzansprüche belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Goldmark.

Einigung im Buchdruckgewerbe

Berlin, 11. Jan. Die Tarifstreitigkeiten im deutschen Buchdruck- und Zeitungsgerber sind gestern in einer vor dem Reichsarbeitsministerium getroffenen Vereinbarung beigelegt worden. Die tarifliche Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden, die auf Anordnung des Arbeitgebers bis zu 56 Stunden und bei den Maschinenführern bis zu 51 Stunden verlängert werden kann, ohne daß für diese Arbeitszeit Ueberstundenzuschläge zu zahlen sind. Für die Zeit bis 1. Februar bleibt es bei der bisherigen Lohnregelung. Auf Grund dieser Vereinbarung haben sich die Vorstände der Arbeitgeberorganisationen bereit erklärt, ihre Mitglieder anzuweisen, die ausgesprochenen Kündigungen sofort zurückzunehmen.

Ruhr macht Schule

Berlin, 11. Jan. Vertreter der Gewerkschaften überreichen dem Reichskanzler eine Forderung, es sollen Deutsche, die in in- oder ausländischen Kurorten und Kasinos der Schlemmerei überlassen sind, auf dem Besatzungsweg dem Arbeitsloos überleben werden. — Generalstaatskommissar v. Rahr hat bekanntlich dieses Nuchmittel in München einmal angewendet.

Der Münchner Putschprozeß

München, 11. Jan. Die Anklage des Hochverrats im Münchner Putschprozeß richtet sich gegen Adolf Hitler, General Ludendorff und seinen Stiefsohn, den früheren Volksprekursor der Wehr, den Polizeibeamtenteinrich, den Führer des Bundes Oberland Dr. Weber, Hauptmann Röhren (Reichswehrkollaborateur), Leutnant Bruckner und schließlich Hauptmann Watz, den Herausgeber des „Münchener Anzeigers“. Fluchtig sind Oberstleutnant Triebel und Hauptmann Götting. Die Verhandlung gegen diese Angeklagten soll im Februar vor dem Volksgericht I in München stattfinden. Der Prozeß gegen weitere etwa 100 Angeklagte soll nach einer Blättermeldung in Regensburg verhandelt werden.

Einpruch gegen die „Autonomen“

Speyer, 11. Jan. Die Vertreter der Städte und der Wirtschaftsvorstände der Bistz sprachen dem französischen General de Wey das Verhalten über die Statistik in Speyer aus, erheben aber Einpruch gegen die sogenannte „autonome“ Regierung. Denselben Einpruch brachten sie bei der Rheinlandkommission in Koblenz vor.

Die katholischen Deputierten richteten an die Regierungen aller Staaten und an den St. Stuhl eine Rundgebung: Die katholischen Bistzer der Bistz haben es seit dem Friedensstand als ihre Pflicht erachtet, mit den Besatzungsbehörden aufrichtig zusammenzuarbeiten, soweit das Amt und das Wohl der Bevölkerung es erforderten. Sie lehnen es ab, rein politische Ziele, besonders soweit sie einen unchristlichen Völkerverhaß und gefährliche Rachedenken verfolgen, zu unterstützen. Demnach halten sich die Geistlichen auch für verpflichtet, gegenüber der sogenannten „autonomen“ Regierung zu erklären, daß eine gegen den Willen der pfälzischen Bevölkerung, des Reichs und Bayerns vollzogene Trennung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk verurteilt und die Gefahr nationaler Kämpfe und tragischen Verwundungen heraufbeschwört. Die sogenannte autonome Regierung steht im Widerspruch mit der Willensmeinung der weit überwiegenden Mehrheit des pfälzischen Volks; sie hat ihre Macht auf revolutionärem und hochverräterischem d. h. durch das christliche Sittengesetz verbotenen Weg und mit verwerflichen Mitteln zu erlangen versucht.

Eine der im „Bistzburger Hof“ verhaften Personen ist im Krankenhaus gestorben. Die Zahl der Toten ist somit auf sechs gestiegen. Die Sonderbündler haben den Ru. verurteilt von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten. Das französische Kriegsgericht in Speyer hat auf die Ermordung der Töchter eine Verurteilung von 50 000 Franken ausgesprochen.

Die Beklebe des Heims-Orbis wurde in Regierungss-

heute aufgehoben. — Hertz hatte am Abend vor dem Nord mit der französischen Besatzungsbehörde einen „Vertrag“ abgeschlossen, wodurch die Gendarmerie der Pfalz dem französischen Kommando unterstellt und die letzte selbständige Behörde den Franzosen ausgeliefert wurde. Bis jetzt sind 32 Geiseln festgenommen.

Die Führer der Sonderbündler in Birmales haben die Stadt verlassen, da sie Drohbriefe erhalten haben sollen.

Brückenpötte

Ludwigshafen, 11. Jan. Der Verkehr über die Rheinbrücke ist heute vormittag von der Besatzungsbehörde ohne vorherige Ankündigung für Personen, die nicht im Besitz eines Passes sind, plötzlich gesperrt worden.

Der Einbruch in England

London, 11. Jan. Die Vorgänge in der Pfalz werden von der britischen Regierung mit Interesse verfolgt. Es wird befürchtet, daß der Versuch der Bevölkerung von annehmen könne wie in Irland. Lord Curzon hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter. Die Regierung sei mit dem Vorliebe Botschafter, der Rheinlandkommission die Untersuchung über die Zustände in der Pfalz zu übertragen, nicht einverstanden, da die Kommission Partei sei. Die Verhandlungen der Rheinlandkommission sollten nicht in Kraft treten.

Die Wirkung des Frankfurter

Paris, 11. Jan. Der spanische Frankfurter hat in Paris zu einem allgemeinen Streikverbot geführt. Die Marktpreise verändern sich täglich zwei bis dreimal. Einzelne Läden sind dazu übergegangen, täglich nur fünf Stunden offen zu halten und Waren nur in kleinen Mengen abzugeben, da im Großhandel die Preise täglich, auch bei gleichbleibendem Frankfurter, anziehen. Omnibus- und Stadtbahn erhöhten ab 11. Januar ihre Fahrpreise von 10 auf 15 Centimes.

Kritik gegen das französische Kriegsgericht

London, 11. Jan. Im „Manchester Guardian“ veröffentlichte der frühere italienische Ministerpräsident Ritti einen Artikel, der auf die Schulden und die Kämpfe Frankreichs und seine auf vergehenden Anzeichen gegründete Vorrückung hinweist. Es ist natürlich, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich fragen, ob es nicht richtiger und vorteilhafter für Frankreich wäre, diese Summen zur Bezahlung seiner eigenen Schulden und der Zinsen zu verwenden. Es ist Pflicht aller, Frankreich endlich den Begriff der Wirtschaftlichkeit beizubringen, und hierfür wäre nichts wirksamer, als daß Großbritannien und Amerika von Frankreich verlangen, daß es wenigstens seine Schuldsinsen in der Höhe der Summen verlangen, das Frankreich des Vorrückens an andere Staaten zu Kriegserklärungen ausgeliefert habe, wodurch ganz Europa demütigt und bedroht werde.

Württemberg

Stuttgart, 11. Jan. Die im Jahr 1923 abgehaltene Prüfung für den öffentlichen Staatsdienst haben 26 Kandidaten bestanden.

Die Ortskrankenkasse beschließt, mit Wirkung vom 1. Februar 1924 ab die Beiträge von jeher 10 Prozent auf vorerst 9 Prozent zu ermäßigen und gleichzeitig auch einige Rechteleistungen einzuführen. Die Ermäßigung auf 9 Prozent ist recht gering und legt dem Versicherten immer noch zu hohe Kosten auf.

Der Zuckerpreis beträgt in Stuttgart für Kristallzucker 50 Pf. des Pfund.

Vom Tage. Beim Brauereihaus wurde ein Kraftwagenführer, der neben seinem Wagen herging, von einem vorbeifahrenden Kraftwagen erfaßt und in einen Graben geschleudert. Bald nach der Entlassung ins Krankenhaus durch den Verunglückten an den Folgen eines schweren Schädelschlags. — In der Beutinger Straße fuhr ein Auto auf einem Schütteln auf ein Auto auf. Ein Währiger Kanab blieb sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Heilbronn, 11. Jan. Vom Zellengefängnis. Die Zellentanten des Zellengefängnisses, das vor kurzem durch einen Dachstuhlbrand heimgekehrt wurde, sind vorläufig wieder gedeckt. Am 15. Januar kann der Betrieb wieder aufgenommen werden. Die in Beßheim, Reckersheim, Weinsberg und Dethringen untergebracht gewesenen Gefangenen sind bereits wieder hier. Im Lauf der nächsten Woche werden auch die anderen hiesigen Gefängnisse und in Haft untergebrachten Gefangenen zurückkehren. Der Dachstuhl soll nicht in seiner alten Form wieder aufgebaut, sondern durch ein neues Dach ersetzt werden.

Freudenstadt, 11. Jan. Tödlicher Ausgang. Im hiesigen Bezirkskrankenhaus starb der 25jährige Leber Weiger von Eichenhardt, der in der Reusjörnsnacht durch einen unglücklichen Schuß sehr schwer verletzt wurde.

Tübingen, 11. Jan. Jubiläum. In der Kfz-Gesellschaft für Beamtenarbeitern vom 1. Januar 1900 bis heute 25. Januar 1925. Die Feier der 25jährigen und 17 die den 25jährigen Dienstzeit begehen. Kommerzienrat Dr. Scherer konnte den Jubilären Ehrenurkunden geben. Die Medaille der König-Karl-Jubiläumfeier trägt eine Gabe der Firma überreichen.

Merzhausen, 11. Jan. Brand. Gestern gegen 47 Uhr brach in dem Anwesen des Fabrikarbeiters Stephan Böck Feuer aus, wodurch das ganze Anwesen eingeschleiert wurde. Das Mobiliar konnte zum größten Teil gerettet werden, dagegen ist das Getreide, Stroh und Heu vollständig verbrannt.

Württ. Landeslotterie

Großes Haus. 15. Jan. A 20: Die lustigen Weiber von Windsor (7-10). — 16. Hoffmanns Erzählungen (7-10). — 17. B 21: Lammhäuser (8-10%). — 18. F 21: Hilde (7-10%). — 19. C 20: Das Christkindlein (6-8%). — 20. Bitterbäumchen (5-10).

Kleines Haus. 14. F 20: Komödie der Liebe (7-9%). — 15. E 20: Rebellenmänner (7-9%). — 17. D 20: Bertaufschleppen (7-9%). — 19. A 21: Dantes Tod (7-9%). — 20. Morgenfeier: Deutschland — Schlesien (11% bis 12%). — 21. Dantes Tod (7-10%). — 21. D 21: Rebellenmänner (7-9%).

Aus

Kinderformel
ber, wenn unse
Augen schaut.
fahrungen der
nung, schon m
Bibel gibt unse
se sagt uns: a
doch ist jedes
liegt im Augen
gründete Sorge
wir anstre Hoff
nicht nur das
fährung ertu
hinausweisen

Kinder leben
Sonne. Und die
tern, die das su
von Vater u
offes Licht von

Das Nolge
Krieges (schon
gerufen zu hab
gen im Umkreis
dieses Geld in
trag für den B
indessen seine
zuständiger St
ministerium des
geld, so z. B.
Ende Janu
Schleime werden
einiger Zeit in
Karlshafen Re
ist klar, daß ein
zunächst leicht
beizuführen, ind
ware in unse
wird, und man
leiten auch gern
wird das Nolge
fungsmittel den
raten, langsam
Das Reichsfinan
Rentenmarktste
der Menge in de
kommt für den
auf wir bereits
anerkannt ist, m
Geltung wieder

In einer tar
wurden zunächst
auf den Anstalt
Kranken verlegt;
II an Württe &
für Wohnhaus I
nung und die Bo
sist an Entlassu

Von der De
ein größerer St
öffentlich herg
Ante für Post

Frau Töfel i
gerliert heute w
verkauft bezüg
gestellte Brief i
gang wird näher
Zum Schlus

Die Reichsind
nach den Fest
Jungar auf den
über der Formo
zu verzeichnen.

Gerabshaus
ken Nachgans d
und der Einnah
sich im März
werden.

Jäger hat G
und gluren volk
Schneedecke ver
verloren und e
hülle Weidmänn
durch Freimach
gestrichelt; Haue
bäume und die
legen, auf dem
Bauernhof an der
im fünf Reibh
Von Lann darau
Feldern im schne

Angestellte
Kraft geben folg
Debatte
Waffen von auße
A
B 50 Reue
C 100
D 200
E 300

Kreisarchiv Calw